

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 2,40 M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Beck'sche Buchdruckerei
Otto Beck.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Pfg.
Bemruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 13.

Mittwoch, den 16. Januar 1918.

75. Jahrgang.

Nach dem Sturm.

Wer geglaubt hatte, daß die hochwichtigen Versprechungen dieser Tage im Mittelpunkt unseres politischen Lebens mit einem dramatischen Donnerklage folgten enden würden, der wird sich jetzt angenehm enttäuscht sehen. Das Haupt des Staatssekretärs v. Kühlmann war das mindeste, was von der einen Seite als Substanzopfer für die Unstimmigkeiten von Brest-Litowsk gefordert wurde — und die Möglichkeit einer Trennung Hindenburgs von Ludendorff wurde von der anderen Seite schon ganz ernsthaft zur Erwähnung gestellt, während eine Mittelrichtung sich schon mit dem Rücktritt des Herrn v. WalenSKI begnügen wollte, des Chefs des kaiserlichen Stabes. Alles alledem ist nichts geworden. Herr v. Kühlmann bleibt als Vertrauensmann des Reichskanzlers in Brest-Litowsk. Dieser selbst denkt auch nicht im mindesten daran zu erkranken und sich nach einem Nachfolger umzusehen, und General Ludendorff feiert ebenso selbstlicher und siegesgewiß, wie er gewesen, ins Große Hauptquartier zurück, um dort neue Waffentaten schweden zu lassen. Es hat lediglich in Berlin eine "vertrauensvolle Aussprache" zwischen dem Grafen Hertling und unseren Heerführern stattgefunden, wird jetzt halbamtlich mitgeteilt, und da keine sachlichen Streitpunkte vorliegen, bedürfte es zu ihrer Entscheidung auch keines Atonments. Dass nebenher auch der Kaiser mit den Ergebnissen dieser vertrauensvollen Aussprache fortwährt bestoft wurde und dass auch der Kronprinz an ihnen lebhaften Anteil nahm, verdeutlicht den Ereignissen unzweifelhaft eine erhöhte Bedeutung, kann aber die amtliche Berichterstattung nicht zu größerer Mitteilung bestimmen. Gering, dass die leitenden Verbindlichkeiten sich miteinander verständigt haben, dass keine sachlichen Meinungsverschiedenheiten vorlagen und dass darüber keine äußerlich sichtbaren Veränderungen eingetreten sind — mit diesen Feststellungen soll die Öffentlichkeit sich einstweilen zufriedengeben und, was wohl die Hoffnung ist, nunmehr den Fortgang der Verhandlungen in Brest-Litowsk abwarten. "Vertrauensvoll" abwarten, nach dem guten Beispiel, das die Reichsleitung ihr soeben gegeben hat.

Es wird ihr in der Tat nichts anderes übrigbleiben. Aber sie braucht sich auch nicht mit der Kraft aus der Brüderlichkeit des Reichskanzlers zu begnügen. "Ausgleich" lautet die Volung, die zur Kennzeichnung des inneren Verlaufs dieser entscheidenden Aussprache von zweiter Hand ausgegeben wird, eine "Demarationslinie" zwischen der militärischen und politischen Leitung unserer Schicksale sei gefunden und festgelegt worden, die für die Zukunft die Wiederkehr von Neubeginn unmöglich mache. Klare Grundlinien für die Verhandlungen im Osten sind gezogen — und freie Bahn nach Westen, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des Deutschen Reiches finde. So sei nun endlich alles aufs beste bestellt, und es bleibt nur noch übrig, dass unsere Unterhändler sich fortan genau an die Abmachungen dieser Tage halten, dann würden uns neue Erfolgsergebnisse mit dem ungedachten Zustand untrüglicher Erregung, der mit ihnen notwendigerweise jetzt immer verbunden ist, für die Zukunft erwarten bleiben. So einfach, wie unsundige Leute sich das zuweilen vorstellen, liegen die Dinge natürlich nicht: dass die Militärs nur über militärische und die verantwortlichen Politiker nur über politische Fragen gebürtig werden dürfen oder zu entscheiden haben. Beide Gebiete greifen häufig ineinander über, und namentlich wo es sich um die höchsten Interessen des Vaterlandes, um seine Sicherheit und sein Fortleben nach Seiten schwerster Feindschaft handelt, wird sich das sachverständige Urteil unserer obersten Führer am wenigsten sein schäbisch nach der einen oder nach der andern Seite hin trennen lassen. Unter besonderer Stolz sind auch stets die ganzen Männer gewesen, die den Himmel uns geschenkt hat und die auch jetzt an der Spitze unserer Heeresleitung stehen. Niemand würde es wohl verwunderlich finden, wenn sie z. B. neue Blutopfer ablehnten, falls die politische Leitung des Reiches sich nicht entschlossen zeigte, ihre Kriegs- und Friedensziele dementsprechend festzulegen, einfach aus dem Grunde, weil enger gesteckte Ziele sich auch mit den schon bisher gebrachten Zielen erreichen ließen. Und umgekehrt kann auch die politische Führung militärische Wünsche ablehnen, weil sie mit ihrer Erfüllung tödliche Nebenwirkungen allgemeiner Natur für das Reich verknüpft sieht. Hier heißt es eben einen Ausgleich schaffen — und das ist in den Tagen, die hinter uns liegen, geschehen. Um welche Fragen im einzelnen es sich dabei gehandelt hat, darüber wird sich nicht mehr als in Andeutungen reden lassen; vielleicht findet Graf Hertling, wenn er demnächst wieder öffentlich das Wort ergreift, Mittel und Wege, um auch die argsten Zweifler einigermaßen zu beruhigen. Bis dahin können wir nichts Besseres tun, als auch unsererseits den höchsten Vertrauen der Krone Vertrauen entgegenzubringen.

Der Tatbeweis, dass wir als die Sieger mit unseren Freunden zu unterhandeln gedenken, wird inzwischen in Brest-Litowsk erbracht. Nicht nur durch General Hoffmann, dessen kraftvolle Belehrungen über guten Verhandlungston und über die Bescheidenheit, die dem Befestigten ziemt, die Herren Trotski und Genossen sich gewiss nicht hinter den Spiegel stecken werden. Auch Staatssekretär v. Kühlmann zeigte in den letzten Sitzungen eine bemerkenswerte Festigkeit in der Fügungsführung. Er wußte die Gegenvorwürfe wiederholt in die Enge zu treiben und hatte schließlich den Mut, die Verhandlungen in dem Augenblick abzubrechen, als ihre Fortsetzung zunächst nutzlos geworden war. So wird sich bald herausstellen müssen, ob die Petersburger einen Frieden, wie sie ihn haben können, haben wollen oder ob sie sich etwa einbilden, mit unseren Bevölkerungen wie die Rote mit der Maus spielen zu können. Wir haben feste Ziele im Osten, und die müssen erreicht werden, sei es in Brest-Litowsk oder anderswo. Einen Ausgleich

können auch die Russen haben, aber er muss schon die Berliner Prüfung irren, nicht die Worte der Marxisten, die vielleicht morgen wieder anderen Leuten Platz machen müssen. Berlin und Brest-Litowsk — hier wird sich die Dauerfähigkeit der neuesten Abmachungen unserer führenden Männer zu allererst zu erweisen haben

und politischen Fragen statt. Trotz der vorläufigen Abweichung in den Auffassungen der beiden verhandelnden Parteien kommt in einigen Punkten eine wesentliche Annäherung festgestellt werden.

Die Friedensverhandlungen.

Debatte über das Selbstbestimmungsrecht.

Brest-Litowsk, 14. Januar.

Die am 11. d. Mts. gebildete deutsch-österreichisch-russische Kommission zur Beratung der territorialen Fragen hielt am 11. und 12. drei lange Sitzungen ab.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Im Verlaufe der Verhandlungen lehnte Trotski ab, in dem Vertrage auszusprechen, dass die Völker einschlossen seien, "fortan in Frieden und Freundschaft zu leben", weil das nach seiner Meinung lediglich eine Phrase sei.

Im Verlaufe der weiteren Besprechung wurde festgestellt, dass Einvernehmen darüber herreise, die Räumung der von den beiden feigfahrenden Parteien besetzten Gebiete prinzipiell auf die Grundlage der vollen gegenseitigen Räumung zu stellen, darunter, dass die Räumung des besetzten russischen Gebiets an die Räumung der von Russland besetzten Gebiete Österreich-Ungarns, der Türkei und Persiens zu knüpfen sei.

Die Besprechung über den Sitzpunkt der Räumung der besetzten Gebiete, über den eine völlige Übereinstimmung nicht herbeigeführt wurde, wurde abgebrochen.

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Eine lange Debatte entspans sich dann über das Verlangen Trotski's, das in den besetzten Gebieten eine Abstimmung der Völker stattfinden sollte. Staatssekretär Kühlmann führte dazu u. a. aus:

"Die russische Regierung hat, entsprechend ihren Grundsätzen, für alle in Russland lebenden Völker ohne Ausnahme ein bis zu ihrer vollen Absonderung gehendes Selbstbestimmungsrecht proklamiert. Wir behaupten, dass in Ausübung dieses Selbstbestimmungsrechts in einem Teile der von uns besetzten Gebiete die zur Vertretung der betreffenden Völker de facto bevollmächtigten Adversen schaffen die Selbstbestimmungsrecht im Sinne der Absonderung von Russland daran angeknüpft haben, das nach unserer Ansicht diese Gebiete heute nicht mehr zum russischen Reiche in seinem ehemaligen Umfang gehörig betrachtet werden können."

Trotski beharrte auf seinem Standpunkt, dass er die deutsche Auffassung ablehnen müsse, wonach sich die Bevölkerung der besetzten Gebiete bereits durch Abstimmung geäußert hätte. Nach Verlauf einer eingehenden staatsrechtlichen Debatte über die Voraussetzungen für das Selbstbestimmungsrecht, bei der Trotski behauptete zwischen der deutschen Erklärung vom 25. Dezember und von der vom 27. Dezember bestehende Widersprüche und ferner fragte, weshalb die Bevölkerung der besetzten Gebiete nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen, wenn sie das Recht haben soll, über Gebietsteile zu bestimmen.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte darauf: Der Herr Vorredner habe sich darüber beklagt, dass wir hier noch keine Vertreter der beprochenen Nationen bei den Verhandlungen haben.

Wenn er damit zum Ausdruck bringen wollte, dass auch nach seiner Ansicht diese Völksindividualitäten nunmehr geschlossen sind und das Recht der Selbstbestimmung ihrer auswärtigen Beziehungen ausüben können, so bin ich meinerseits bei rücksichtloser Anerkennung dieser Voraussetzung von Seiten der russischen Delegation gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich ermöglichen ließe.

Graf Czernin trat diesen Ausführungen bei. Er wünscht aber zu wissen, in welcher Weise die Auswahl der Vertreter getroffen werden soll, wenn russische Völker die in den besetzten Gebieten bestehenden Vertretungsfürster nicht als berechtigt angesehen werden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Vertragung.

Noch einmal nahm dann General Hoffmann das Wort um zu erklären:

Die russische Delegation spricht mit uns, als ob Sie siegreich in unserem Lande ständen und uns Bedingungen diktionieren könnten. Ich möchte darauf hinweisen, dass die Tatsachen entgegenstehen! — das siegreiche deutsche Heer steht in Ihrem Gebiet!

Die deutsche Oberste Heeresleitung muss deshalb eine Einmischung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen.

Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihrem Wunsch der Loslösung von Russland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben.

Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muss die deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigatianischen Meerbusen ablehnen.

Trotski hat darauf um Vertragung, damit die russische Delegation sich mit ihrer Regierung in Verbindung setzen könne.

Brest-Litowsk, 15. Jan. Heute fanden wieder Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarischen russischen Kommission zur Regelung der territorialen

Der Krieg.

Geschafferte Angriffe der Italiener.

Wien, 15. Jan. Amtlich wird verlautbart: Zwischen der Brenta und dem Monte Pertica ging der Italiener nach starker zeitweise zum Trommelfeuers gesteigerter Artillerievorbereitung zum Infanterieangriff über. Nach sehr heftigem Nahkampf gelang es dem Feinde an einzelnen Stellen, in unsere Gräben einzudringen. Im Gegenstoß wurde er jedoch aus diesen geworfen. Im ganzen Angriffsraum ist die vorderste Kampflinie voll in unserem Besitz. Der Gegner erlitt schwere Verluste. An der unteren Piave wurde ein feindlicher Vorstoß bei Bressanina rasch zum Stehen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

England fürchtet die Niederlage.

Offenbar aus amtlicher Quelle veröffentlicht das General Bureau der Times im "Generalissimus" einen Artikel, der sich mit der Erinnerung eines gemeinsamen Generalissimus beschäftigt und zu dem Schluß kommt: Der Erfolg einer solchen Einrichtung hängt völlig von den Vorteilen ab, die die Heere davon profitieren, die der Generalissimus befiehlt. Tatsache ist, dass ein Heer eine Niederlage und alle ihre Folgen ertragen kann, wenn es von seinen eigenen Führern besiegt wird, doch es die Niederlage aber nicht verhindern kann, wenn ein Führer anderer Nationalität es befiehlt.

Der Krieg zur See.

Der deutsche U-Bootkrieg.

Ein Truppentransportdampfer versenkt.

Berlin, 15. Jan. (Amtlich) Durch die Tätigkeit unserer U-Boote wurden im Mittelmeer wiederum 24.000 Br.-Tug. Ton. Handelsräumsraum versenkt. Am 30. Dezember hat eines unserer U-Boote, Kommandant Oberleutnant z. S. Obermüller, vor Alexandria einen großen bewaffneten durch U-Boot und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Truppentransportdampfer versenkt und darauf in fühlbarem Angriff den Zerstörer der Sicherung "D. 08" durch Torpedotreffer versenkt. Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord. — Unter den übrigen von unseren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Ton., sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Geleitzügen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Die Versenkung eines Truppentransportdampfers hat deshalb besonderen Wert, weil für die Beförderung von Truppen nur große und schnelle Dampfer mit besonderen Einrichtungen benötigt zu werden pflegen. Vom Untergang des Zerstörers "D. 08" wissen wir bereits aus englischen Meldungen. Danach sollte die ganze Besatzung bis auf zehn Mann gerettet worden sein. Nun erfahren wir den wahren Verlauf. Interessant ist übrigens auch in diesem Zusammenhang die englische Nachricht, dass die britische Admiralität wegen der zunehmenden U-Bootgefahr einen Teil ihrer Transporte nach Mesopotamien und Palästina nicht mehr durch das Mittelmeer sendet, sondern westwärts durch den Atlantischen, Stillen und Indischen Ozean.

kleine Kriegszeitung.

Genf, 15. Jan. Der Kommandant der Streitkräfte bei nationalen Verteidigung, General Sumbatoff, wird zum griechischen Kriegsminister ernannt werden.

Basel, 15. Jan. Vor der Untersuchungskommission des Vereinigten Staates erklärte Kriegsminister Baer, der Mangel an Bekleidungsstücken in den Übungslagern werde bald behoben sein.

London, 15. Jan. Das Unterhaus hat das Gesetz betreffend Mannschaftsstab einstimmig angenommen.

Russlands innere Kämpfe.

Die Ungültigkeitserklärung der Staatschulden.
Die manigfachen Gerüchte von einem bevorstehenden russischen Staatsbankrott, von der Einstellung des Finanzdienstes usw. werden jetzt durch folgende Petersburger Erklärung zum Teil bestätigt.

Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter arbeitet den Entwurf einer Verfügung aus, wonach alle Reichsanleihen, die von der Kaiserlichen und bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, annulliert werden, ebenso werden alle inneren Anleihen sowie deren Obligationen, die im Besitz von Engländern sind, bedingungslos annulliert.

Als gültig werden allein betrachtet nationale, kurzfristige Schatzanleihen und die verschiedenen Werte des Schatzamtes. Ob sich die finanziellen Folgen dieser Verfügung übersehen lassen, muß die Bekanntgabe ihres Wortlautes abgewartet werden.

Rücktritt Lenin?

Nach einer Meldung aus Stockholm ist in Petersburg das Gerücht verbreitet, der Vorsitzende im Volkskommissariat Lenin wolle zurücktreten und den Platz Trotski überlassen.

Schon vor längerer Zeit hielt es einmal, Lenin wolle von der Leitung zurücktreten. Es gelang dann seinen Freunden, ihn zum Bleiben zu bewegen. Diesmal scheint jedoch der Entschluß des Ratsvorsitzenden unabänderlich zu sein. Lenin ist in letzter Zeit selten hervorgetreten.

Mutterei der Schwarzaflotte.

In Sankt Petersburg kam es zu einem tödlichen Blutbad unter den Offizieren des Ausschusses der Schwarzaflotte, der anlässlich des Matrosenaufstandes 1912 17 Matrosen meist zum Tode verurteilt hatte.

Jetzt haben die maximalistischen Matrosen eine furchtbare Rache genommen. 60 Offiziere, darunter vier Admirale und ein General, wurden getötet. Die Offiziere eines Schiffes wurden sämtlich nach dem Malakowturm gebracht und dort erschossen.

Die Mutterer überfielen dann die Stadt Riga, stießen sie zum größten Teile in Brand und plünderten sie aus. Die Bevölkerung flüchtete nach allen Seiten.

Schreckendes Regiment russischer Soldaten.

Kopenhagen, 15. Jan. In Tornes kam es gestern zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Soldaten und finnischen Soldaten, die die sofortige Abschaffung des Passwanges zum Überschreiten der finnischen Grenze anordneten. Die Soldaten veragten die Fäden von der Sollspur und drohten, eine Maschinengewehrkompagnie aufzustellen, falls ein neuer Versuch gemacht werden sollte, den Passwagen aufzuheben. Im Bezirk Noland kam es zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen der Roten Garde und der Bürgergarde. Die russischen Truppen an der schwedisch-finnischen Grenze führen ein wahres Schreckendes Regiment. Niemand wagt sich mehr aus dem Hause, aus Furcht, von den Soldaten überfallen und ausgeraubt zu werden.

Russische Pogrome in Persien.

Stockholm, 15. Jan. Wie "Weltchronik" schreibt, teilte der persische Kontrol in Tiflis mit, daß die Entfernung der russischen Truppen aus Persien schneller vor sich gebe, als man zu hoffen wagte. Nach amtlichen Angaben der persischen Regierung haben die russischen Truppen in Urmia alles geplündert und vernichtet. Folge dieser Pogrome ist, daß die Perser sich auf russisches Gebiet hinübertragen. Ungefähr 12 000 Perser haben sich in der muganischen Steppe angesiedelt, wo sie die Reis- und Baumwollpflanzungen zerstören.

Militarisierung der russischen Arbeiter.

Schweizer Grenze, 15. Jan. Davos meldet aus Petersburg, daß die russische Regierung mit Hilfe der Roten Garde 15% der Arbeiter aller Fabriken in die Armee einreihen und sie mit Maschinengewehren ausstatten will.

Die maximalistische Heeresmacht in Südrussland.

Bern, 15. Jan. Nach der "Braude" bestehen die maximalistischen Streitkräfte, die in Südrussland gegen die Kosaken kämpfen, aus 30 000 Mann, die über drei Panzerdivisionen und eine zahlreiche Artillerie verfügen sollen. Ein bei Jekaterinoslaw ausgefochtener Kampf soll mit einem Erfolg der Maximalisten über die Ukrainer geendet haben.

Unerschöpfliche Bundesgenossen.

Russische Grenze, 15. Jan. Krusenstern ordnete die ungewöhnliche Entfernung aller Ententeagenten aus der Kriegszone an.

Die Schule des Lebens.

Original-Roman von Leonhard Kerner.

33. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Schade um Bronders, er war ein vorbildlicher Offizier.

Mit diesen Worten verabschiedete sich der Minister von seiner Umgebung. "Er war ein vorbildlicher Offizier" — dieses "war" klang allen lange in den Ohren. Es hatte gelungen wie ein kurzer soldatischer Ruf rief an einem offenen Grabe.

Um dieselbe Zeit etwa stand Herr Dohn in seinem Arbeitszimmer Herrn Geheimrat Wellner gegenüber.

Lange hatte Wellner auf Dohn eingesprochen. Dann machte der Hausherr den Versuch, die Unterredung zu beenden.

"Sie bemühen sich vergebens, Herr Geheimrat, wenn Sie mich zu Aktionen gegen die Firma Kohmann verleiten wollen."

"Nicht gegen die Firma, nur gegen die Person."

"Und ich bin auch nicht gesonnen, mich auf Kosten Kohmanns in irgendeiner Weise zu bereichern. Das kann ich Ihnen sagen: ich werde Herrn von Kohmann geruhestellen, wenn die Verhältnisse es mir ratsam erscheinen lassen. Aber niemals werde ich irgend etwas gegen ihn tun. Ich habe genug Geld und lasse mich auf derartige Spekulationen einfach nicht ein."

Der Geheimrat verlor seine eindringliche Ruhe nicht. "Herr Dohn, ich habe bisher nicht ganz offen gesprochen. Ich kam zu Ihnen etwa wie ein Finanzmann zu einem anderen. Meine Bemühungen sind in der Tat nicht ganz so ehrgeizig, als Sie vermuten. Ich habe Herrn von Kohmann selbst meine Hilfe angeboten, er wies mich zurück, so daß ich erst dann wieder gegen ihn zu handeln beschloß. Auch ich habe Geld, Herr Dohn. Aber ich handle im Interesse eines Menschen, den ich liebgekommen habe und der auch Ihnen nahesteht."

"Wer sollte das sein?"

"Ihr zukünftiger Schwiegersohn."

Beinlich überrascht sah Dohn die Augenlider.

Vernägung der Roten Garde.

Kopenhagen, 14. Jan. Die Petersburger Rote Garde ist erheblich verstärkt worden. Zahlreiche Arbeiter haben Befehl erhalten, in diese "Garde" einzutreten.

Petersburg von Südrussland abgeschlossen.

Stockholm, 14. Jan. Petersburg ist seit einigen Tagen ohne jede Postverbindung mit Südrussland. Die meisten Telegraphenleitungen sind unterbrochen.

Finnische Revolutionstribunale.

Kopenhagen, 14. Jan. Nach einer Helsingorfer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat die finnische Regierung die sofortige Errichtung von Revolutionstribunalen angeordnet.

Es gibt nur eine Meinung.

Wie die Russen daheim über die politische Meinungsäußerung denken, auf die sie in Brest-Litowsk so großen Wert legen, geht aus einer Petersburger Meldung hervor, wonach der Zugangsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates einen Erlass veröffentlicht hat, der den Räten der Bauern, Arbeiter und Soldaten das Recht verleiht, Neuwahlen festzulegen oder die Wahlen derjenigen Abgeordneten zur Verfassunggebenden Versammlung ungültig zu erklären, die nicht die Interessen der Arbeiter- und Bauernmassen vertreten. Der Kongress der Bauern hat demgemäß eine besondere Verordnung für die unverzüglichste Ungültigkeitserklärung der Mandate aller Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung festgesetzt, die gegen die Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte vorgehen. — Auf diese Weise kommt im freien Russland die gesetzgebende Versammlung als Ausdruck des Volkswillens zusammen.

England hantiert ab.

Nach Meldungen aus Stockholm sind dort gleichzeitig mit dem bisherigen englischen Botschafter in Petersburg Buchanan auch etwa 50 englische Industrielle und Fabrikleiter angelangt, die ihre bisherige Heimat endgültig verlassen zu wollen scheinen. In Stockholm sieht man darin ein bemerkenswertes Zeichen des englischen Abbauens in Russland. In einem gewissen Gegensatz dazu steht die Meldung, wonach die britische Regierung beschlossen haben soll, mit dem kürzlich ernannten russischen Botschafter Litwinow, also dem Vertreter der Marxistischen, halbdämmlichen Beziehungen anzulänzen. — Es ist englisch!

Sozialistische Republik und allgemeine Enteignung?

Amsterdam, 15. Jan. "Allgemeen Handelsblad" erfährt aus London, daß die Bolschewiki-Regierung die Absicht habe, der verfassunggebenden Versammlung am 18. d. M. ein Ultimatum zu stellen, Russland für eine sozialistische Republik zu erläutern und alles Land und allen Besitz zu enteignen.

Vom Tage.

Verhaftung des rumänischen Gesandten und seines Personals.

Stockholm, 15. Jan. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Petersburg wurde der rumänische Gesandte Diamandi und das Personal der Gesandtschaft gestern abend auf Befehl der Volksbeauftragten verhaftet und in der Peter-Pauls-Festung interniert. Die Ursache sei unbekannt. Die Verhaftung habe großes Aufsehen herverufen. Da aus Anlaß des Jahreswechsels keine Zeitung erschien, sei sie nicht allgemein bekannt geworden. Das diplomatische Korps, auch das neutrale, sei von dem Dogen, dem amerikanischen Botschafter Francis, dringend zusammenberufen worden, um Einspruch zu erheben.

Gaillang's Selbstmordgedanken.

Genf, 15. Jan. Ein Pariser Blatt teilt mit, daß Gaillang stets einen geladenen Revolver bei sich getragen habe, um in Falle seiner Verhaftung Widerstand zu leisten oder sich das Leben zu nehmen. Er habe jedoch von der Waffe nicht Gebrauch machen können, da er in seiner Wohnung überrascht und überwältigt worden sei.

"Herr von Siegel", fuhr Wellner fort, "ist von Kohmann in zweideutiger Weise behandelt worden. Nicht etwa als Kaufmann wurde er auf die Reise geschickt, sondern lediglich, weil er auf einer längeren Reise Ihre Tochter vergessen sollte, um dann ein junges Mädchen zu heiraten, dessen Vater, wie Kohmann sich eindet, auf die Aussertigung von Regierungsbestellungen einen Einfluß hat."

Dehn mußte sich abwenden, um die Erregung zu verbergen, die sich in seinem Gesicht spiegelte. Wie ein Schlag hatte es auf ihn gewirkt. Also Theo sollte Franziska vergessen, und sie hatte ihn betrogen. Ja, betrogen! Er fühlte es so klar, und er war innerlich so ganz auf Seiten Theos. Aber zwischen Theo und Franziska hatte Dehn keine Wahl und dann ... war denn schon alles entschieden? Sein Wissen berührte doch nur auf Vermutungen. Vielleicht täuschte ihn sein Auge? Und doch hatte er auch keine Veranlassung, dem Geheimrat Wellner unbedingt zu glauben. Auch dieser konnte sich täuschen. — Wellner nahm wieder das Wort:

"Herr Dehn, ich habe mich an den Aktionen gegen Kohmann von Berlin aus beteiligt — mir weil es für mich ein Finanzgeschäft war. Dann lernte ich Theo kennen, in dem ich den Sohn eines alten Freunde wiedersehe. Nun habe ich freilich ein anderes Interesse. Ich weiß, daß das Haus Kohmann zusammenstürzen muß, wenn das feindliche Kartell ihn besiegt. Stuhlos aber würden dabei Kräfte vergeudet. Ich will nichts weiter, als ihn swingen, gegen eine fiktive Entschädigung vom Thron zu steigen. Dann gründen wir die Gesellschaft und auch für Ihren Schwiegersohn ist ein Posten, wo der junge Mann arbeiten und Geld verdienen kann, bald gefunden."

"Nein, Herr Geheimrat", sagte endlich Dehn, "so rechne ich nicht. Noch ist Herr von Siegel nicht mein Schwiegersohn. Ich weiß, daß er meiner Tochter zugelassen ist, aber das ist für mich nicht völlig bestimmt. Sollte es aber so kommen, dann bin ich in der Lage, ihm auch anderwärts eine lobende Lebensaufgabe zu bereiten. Auch Sie, Herr Geheimrat, handeln letzten Endes so, weil Sie auf diese Weise das beste Geschäft dabei machen. Aber ich mache das Geschäft nicht mit."

"Ach, dann bitte ich um Entschuldigung, wenn ich gestört habe."

Landtagswahl in Koblenz.

Koblenz, 14. Jan. Bei der heutigen Landtagswahl im Wahlkreis Koblenz 8 entfielen sämtliche abgegebene 417 Stimmen auf Verbandsdirektor Dr. Lewes-Essen (Bentz). Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt.

Strömung gegen König Ferdinand.

Wien, 14. Jan. Nach einer Meldung der politischen Korrespondenz aus Sofia spielen sich gegenwärtig in Sofia entscheidende antikönigliche Kämpfe ab. Die Strömung gegen den König Ferdinand nimmt von Tag zu Tag zu. Die Stellung des Kabinetts Brattani ist viel zu schwach, um dem König eine hinreichende Stütze zu bieten.

Englischer Kommandowechsel in Flandern.

Genf, 14. Jan. "Echo de Paris" meldet aus London, daß außer den bereits erfolgten Veränderungen im englischen Generalsstab in Flandern noch ein wichtiger Verlagerungswechsel bevorstehe. In Paris heißt es, daß Clemenceau den Rücktritt Haigs durchsetzt habe.

Waffenlieferungen nach Irland.

Hannover, 14. Jan. In der letzten Woche ist wiederholt festgestellt worden, daß angeblich barlose Waffenpakete, die von England nach Irland gelangt waren, Feuerwaffen und Munition enthielten. In Liverpool wurde dadurch eine Explosion verursacht. Der englische Postminister hat infolgedessen die Untersuchung sämtlicher Paketlieferungen nach Irland angeordnet.

Das gefährdet Kabinett Clemenceau.

Genf, 14. Jan. Die hier eingetroffenen Berichte der Pariser Blätter über die letzte Sitzung der französischen Kammer lassen klar erkennen, daß die Sozialisten einen großen allgemeinen Aufstand gegen Clemenceau versucht, der jedoch diesmal noch scheiterte.

Ministerwechsel in Griechenland.

Athen, 14. Jan. Der Verfolgungsminister Emphros ist zurückgetreten. Es scheint sich zu bestätigen, daß General Danilos zum Generalissimus ernannt werden wird. Venizelos soll die Leitung des Kriegsministeriums wieder übernehmen und ein Unterstaatssekretariat des Krieges schaffen, um sich von der Verwaltungskarriere zu entlasten.

Die Griechen wollen nicht.

Schweizer Grenze, 14. Jan. Dem "Berner Tagblatt" wird aus Athen gemeldet: Die von Venizelos verübte Hetzjagung griechischer Truppen zum Frontdienst ist gänzlich gescheitert. In Paräa ist es zu einer großen Kundgebung gegen den Krieg gekommen. Es fällt auf, daß auch die Kreter, die sonst Venizelos sehr ergeben sind, sich bei den ablehnenden Truppen befinden.

Unruhen in Spanien.

Hannover, 14. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, haben in Valencia und Barcelona große Unruhen stattgefunden. Es ist in beiden Städten ein Proteststreik ausgebrochen.

Anerkennung der Republik Finnland.

Wien, 14. Jan. Gestern erhielt eine finnische Abordnung hier im Ministerium des Äußeren, das von der Mitteilung der Unabhängigkeitserklärung Finlands Kenntnis nahm. Auf Eruchen der Deputation vorwärts das Ministerium nominierte der Monarchie die Anerkennung der selbständigen finnischen Republik aus.

Autoverbindung Helsingfors-Riga.

Stockholm, 14. Jan. Russische Blätter melden, daß von Helsingfors aus eine Autoverbindung mit Riga eingerichtet werden soll. Die von Soldaten geleiteten Automobile würden Riga mit Stobrofenskischen und tierischen Ursprüngen und mit Lebensmitteln versieben. Riga werde im Austausch dänische Erzeugnisse aller Art, Farben und Schuhwerk liefern.

Snowden gegen Thomas.

Bern, 15. Jan. Natürlich hat der frühere französische Arbeits-Minister Thomas in Bonn erklärt, Elias-Vorbringen müsse ohne Bezugnahme der Bevölkerung an Frankreich zurückgegeben werden. Dagegen wendet sich der britische Arbeitsführer Snowden in einer Botschaft an die "Daily Chronicle". Er weist auf die Tatsache hin, daß die Bevölkerung Elias-Vorbringen überwiegend deutlich ist und immer war, und versichert, daß die ganze britische sozialistische Bewegung und das große Mehrzahl des übrigen Englands nicht wünscht, daß der Krieg um einen einzigen Tag verlängert werde, um Frankreich ins Land zu sehen. Elias-Vorbringen wiederzugeben.

Zusammenarbeit der Alliierten-Schiffahrt.

Amsterdam, 15. Jan. Auf Grund der Ergebnisse der Kriegskonferenz der Alliierten in Paris hat das amerikanische Schiffsamt beschlossen, in London, Paris und Rom Vertretungen zu schaffen und in fast allen bedeutenden atlantischen Häfen Zweigstellen zu errichten. Es soll damit nicht nur die Kontrolle über die amerikanische Handelsflotte wirksamer gemacht, sondern auch die vollständige Zusammenarbeit der Alliierten-Schiffahrt gesichert werden.

Geheimrat Wellner empfahl sich und ließ Dehn zurück,

der nun sofort daranging, sich auszurechnen, mit welchem Kapital er für sich das Kohmannsche Unternehmen führen könnte, und welche anderen Kapitalisten er eventuell hinzuziehen muhte.

Wellner fuhr ins Hotel zurück, wo ihm der Portier die Karte eines Herrn gab, der im Leihsalon auf ihn wartete. Wellner las: "Theo von Siegel" und war sichtbar besorgt. Sofort eilte er in den Leihsalon.

Theo stürzte ihm entgegen.

"Sie sind schon hier, lieber Siegel?"

"Vergessen Sie, Herr Geheimrat, wenn ich Ihnen Rate nicht folgte. Aber mein letzter Reisebericht lautete auf Norwegen, und da bielt ich es einfach nicht aus. Ich muß klarheit haben!"

"Was wollen Sie tun?"

"Mein erster Gang ist zu Dehn."

"Das wäre unvorstellig. Sie wissen, was Kohmann versprochen haben, nicht eher um Franziska zu freien."

"Mich geben Kohmanns nichts mehr an!"

"So dürfen Sie nicht sprechen, denn noch sind Sie sein Angestellter." — "Dann geh ich zu ihm!"

Buchanan auf der Ententekonferenz.

Haag, 15. Jan. Es verlautet, daß auf der Ende dieser Woche in Paris zusammenstehenden Konferenz der Ententeministerpräsidenten auch Buchanan, der bisherige britische Hochkommissar in Petersburg, zugegen sein werde.

Frankreich versündet Kolonien.

Gens, 15. Jan. Wie jetzt bekannt wird, hat Frankreich für das ihm von den Vereinigten Staaten gewährte Dasein Franz-Guiana und die Insel Martinique versündet. In Washington rechnet man damit, daß die Pläne wieder eingelöst werden werden.

Die Kriegsziele der englischen Arbeiter.

Rotterdam, 15. Jan. Die hier eingetroffenen englischen Arbeiter lassen erkennen, daß Neuter Hendersons Erklärungen über die Kriegsziele der englischen Arbeiter gefälscht bat. Henderson sagte u. a., daß seine Partei nicht nur für die kleinen Nationalitäten das Selbstbestimmungsrecht wünsche, sondern auch für Kopten und Indien eine schnelle Ausdehnung der Selbstverwaltung erstrebe. Unter keinen Umständen werde die Arbeitervarieté Gebietsausdehnungen Großbritanniens zulassen.

Indien ruft um Freiheit.

V. Das indische Nationalkomitee in Stockholm sandte an die ukrainische Zentralrada in Kiew sowie nach Preß-Witow in deutscher Sprache ein Telegramm, in dem es das ukrainische Volk als das größte der bisher unterdrückt gewesenen europäischen Völker hält, mit allem Nachdruck bei den Friedensverhandlungen für die Unabhängigkeit Indiens einzutreten und die Ukraine davon warnet, sich durch die falschen englischen Darstellungen über die angebliche Zufriedenheit des indischen Volkes mit der Herrschaft der Engländer irreleiten zu lassen. Solange Island und Kopten in der Sklaverei des englischen Handels und Angriffsunternehmens festgehalten werden, sei kein dauernder Friede möglich.

Irische Freiheit.

V. Die sofortige Lösgung der irischen Frage wird in der jüngsten von der "Gesellschaft der Freunde irischer Freiheit" an alle ausländischen Gesellschaften in Stockholm mit Ausnahme der englischen überreichten Note verlangt. Wie England die "irische Freiheit" auffaßt, erhebt aus einer Rede, die Graf Plunkett in einer Ansprache zu Dublin hielt. Der Graf erklärte, daß England Island seiner Lebensmittel zu beraubten drohe, die das Land für seine Bevölkerung notwendig brauche. Die Irren würden Mangel leiden müssen, wenn sie diese Lebensmittel nicht im Land behielten. Es sei deshalb Aufgabe der Irren, dafür zu sorgen, daß die Lebensmittel im Lande bleiben, wenn nötig mit Gewalt.

Inzwischen fabrizieren die Lloyd George, Churchill und Genossen immer auf neue Niedersarten vom Erwürgungswerk der Engländer an "unterdrückten" Völkern.

Turati für einen Vernunftfrieden.

V. Der Führer der offiziellen Sozialisten Italiens, Turati, erklärte einem Journalisten, an den Ausschreibungen Lloyd Georges sei das Bedeutendste, daß sie ein Ausdruck der seit kurzem in England eingetretene Strömung sei, die die Notwendigkeit eines baldigen Vernunftfriedens einsehe. Turati hofft, die italienische Regierung werde sich bald zu ähnlichen Erklärungen bereitfinden.

Allzu viel von einer vernünftigen Aussöhnung der Lage ist bisher bei den italienischen Machthabern nicht zu bemerken gewesen. Turatis Hoffnung steht also vorläufig auf schwachen Füßen.

Montenegrinische Minister unterwerfen sich.

V. Aus dem österreich-ungarischen Kriegspressequartier erfährt man, daß der ehemalige montenegrinische Kriegsminister und General Radomir Perovic sich mit seinen Anhängern, unter welchen sich auch der gewisse montenegrinische Justizminister Miloslaw Rajcevic befindet, beim Bezirkskommando Andreevica gestellt und dadurch die Waffen abgelieert hat. Die Minister und ihre Beleiter werden, da sie sich innerhalb der von den österreich-ungarischen Behörden gelehrten Frist gestellt haben, der beim Geburtstag Kaiser Karls erlassenen Anordnung gemäß beknadigt.

Ob nun die immer noch von der Alliiertenpresse herumgetragenen Erfindungen über erheblichen Widerstand in Montenegro bestimmen werden?

Aussage des Papstes an Lloyd George und Wilson.

V. In englischen und französischen wie auch in italienischen Blättern war behauptet worden, beim Heiligen Stuhl hätten die jüngsten Reden des englischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten starke Wirkung gehabt. Erklärungen, ob diese Erklärungen sich mit der Aussöhnung des Papstes nicht deckten, seien im Gange.

Dah die Behauptungen lediglich zur Stimmungsmache dienen, war sofort zu erkennen. Das bestätigt nun auch ausdrücklich das offizielle Blatt des Papstes, der "Osservatore Romano". Das Blatt schreibt, der Heilige Stuhl beobachtete nicht, von der Neutralität der vollen und strengen Unparteilichkeit abzugehen, die er seit Kriegsbeginn innegehalten habe. Dies werde er auch angesichts der jüngsten diplomatischen Schritte und Erklärungen des englischen Premierministers und Wilsons nicht tun. Damit ist deutlich genug gesagt, daß die Lloyd George und Wilson kein Recht haben, sich auf den Papst als Gemeinschaftsgenossen zu berufen.

Der preußische Wahlrechtsausschuß.

(3. Tag.)

■ Berlin, 14. Januar.

Zunächst führte ein freikonservativer Redner Bedenken über die Wahrung der deutschen Interessen in der Ostmark bei Einführung des allgemeinen Wahlrechts auf und forderte Ausschluß über die Absichten der Regierung in bezug auf das Gemeindewahlrecht.

Minister des Innern Dr. Drems antwortet, am Gemeindewahlrecht sei eine pluto-kritische Entwicklung eingetreten, deshalb müsse es geändert werden, aber nicht ohne weiteres nach dem Muster des Landtagswahlrechts. Einzelheiten könne die Staatsregierung noch nicht angeben, denn die Voraussetzung dafür müßten außerordentlich gründliche Vorarbeiten sein.

Ein nationalliberaler Redner wirkt sein Bedauern aus, daß die Regierung wiederum keine Auskunft gegeben habe, wie sie sich die Gestaltung der Verhältnisse im Osten denke. Die Bedenken gegen ein gleiches Wahlrecht müßten noch verstärkt werden, wenn ein selbständiges Königreich Polen entstehe. Schatz wendet sich der Redner gegen die lebhaft gelane Auktion des Bismarckbundes des Staatsministeriums über die Wahrung des Siegeswillen. Es sei unverständlich, wie man sagen könne, durch Ablehnung des gleichen Wahlrechts werde der Siegeswillen gelähmt.

Dr. Friedberg und die Nationalliberalen.

Präsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg

wendet sich gegen die Auslegung und Kritik seiner Worte durch den Redner. Er habe gesagt: Wenn die Vorlage nicht zustande kommt, wird in den Volksräten, die diese Vorlage am meisten wünschen und das Hauptinteresse daran haben, eine große Enttäuschung entstehen und die Entwicklung könnte dazu beitragen, in diesen Kreisen den Siegeswillen abzudämpfen." Das halte er aufrecht. Die Kritik des Redners, der etwas ganz anderes gesagt habe, sei so unverständlich gewesen, wie er, Dr. Friedberg, es von einem politischen Freunde nicht erwartet habe. Selbstverständlich würdige die Regierung die Schwierigkeiten im Osten. Über auch ein Pluralwahlrecht würde diese Folge nicht vermieden, und über ein Pluralwahlrecht sei im Sommer heimlich eine Vereinbarung der Mehrheitsparteien erfolgt. Es könne dem Redner nicht darin zustimmen, daß den Volken der Kampf angelegt werden müsse. Die Frage, warum die Vorlage während des Krieges eingebrochen sei, könne nicht ewig behandelt werden, lebt gilt es, an die Arbeit zu geben.

Von konservativer Seite wird gesagt, daß es ein Zeichen des Panzerottos einer Realisierung sei, wenn sie die Freiheit zu gewinnen und die Freunde vor den Knochen stehen lache. Darauf schlägt der Redner die Bemerkung, man könne abwarten, ob diese Panzerotterklärung schon jetzt ausgesprochen werden solle.

Aus der Nachmittagszeitung ist hervorzuheben, daß ein konservativer Mittelstandsabgeordneter seine unbekannte Sonderheit gegen die Vorlage zum Ausdruck brachte. Sie werde mit Rücksicht auf die Demokratisierung der Gemeinden führen, und man werde dann sagen müssen: Finis Bonnassai! (Das Ende Kreuzen!)!

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach man vornehmlich über die Rückwirkung des gleichen Wahlrechts auf die Ostmark. Regierung und Nationalliberalen sprachen sich übereinstimmend für eine Ostmarkenpolitik aus, die das Deutschen Reich in jeder Weise zu fördern geeignet sei, ohne jedoch das Volumen zu schädigen. Die Nationalliberalen haben jedoch Bedenken, ob sich eine solche Politik bei gleichem Wahlrecht durchführen lassen werde.

Das Zentrum tritt für eine Verbindung der drei Vorlagen ein und wird daher für ein Votatetrio stimmen. Im übrigen befürchtet das Zentrum, daß durch das gleiche Wahlrecht die konfessionelle Politschule zerstört werden könnte.

Nach dieser Aussprache wurde die Wetterberatung auf Donnerstag nachmittag vertagt.

Das Frauenwahlrecht im preußischen Abgeordnetenhaus.

(107. Sitzung.) ■ Berlin, 15. Januar.

Nach reichlich bemessenen Weihnachtsferien hat das Abgeordnetenhaus heute seine Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Bänke weisen große Lücken auf, und die Mitglieder des Hauses bringen der Tagesordnung nur wenig Interesse entgegen, unterhalten sich vielmehr schon lange vor Beginn der Sitzung sehr angeregt über die defamierten Vorgänge der letzten Tage auf dem Gebiete der großen Politik.

Das Stimmengesetz verfügt erst als Präsident Graf Schwerin Loewig dem vor einigen Tagen verstorbenen langjährigen Präsidenten Jordan v. Kröcher einen Radars von besonderer Wärme und Herzlichkeit widmet. Dann tritt das Haus in die Erledigung seiner Geschäfte ein. Die Anträge auf

Erweiterung der kommunalen Rechte der Frau

gut Beratung kommen würden, botte aus dem Kreise der Berliner Frauenwelt einen großen Andrang zu den Tribünen veranlaßt. Die Abgeordneten wußten sich aber der ungewohnten Umgebung nur schwer anzupassen, begleiteten vielmehr die Aussprachen der Redner mit lauten Kundgebungen des Misfallens oder der Zustimmung.

Die Grundlage der Aussprache bildete ein Antrag des Ausschusses, der eine Vorlage verlangt, daß die Frauen mit beschließender Stimme Mitglieder städtischer Deputationen werden sollen, die sich mit Fragen der sozialen Fürsorge und der Wohlfahrtspflege beschäftigen. Das Zentrum will die Frauen auch zu den Schuldeputationen bringen, während die Fortschrittspartei ihnen zu allen städtischen Verwaltungsdienstes den Eintritt ermöglichen will. Verdünden wurde die Aussprache mit der Bekämpfung der Missstände des deutschen Bundes gegen die Frauennemoralisation, die sich gegen jede Erweiterung der Frauenrechte auch in der städtischen Verwaltung aussprechen.

Den konservativen Standpunkt vertrat der Abg. Graef. Trotz aller Bedenken werden wir für die Ausführungsanträge und für den Zentrumsantrag stimmen. Dagegen lebt der größere Teil meiner Fraktion den fortschrittlichen Antrag wegen seiner Folgerung für das politische Frauenstimmrecht ab. Bei der Aussöhnung der Frauen auf städtischen Deputationen wäre mindestens das Gemeindewahlrecht die Folge. Gewiß sind die Frauen jetzt in erhöhtem Maße auf allen Gebieten tätig, aber die Ausnahme einer Kriegszeit darf nicht zur Regel werden.

Weg. Dr. Kaufmann (Centr.) begründet einen Antrag, die Frauen auch mit beschließender Stimme zu den Schulkommissionen zugelassen.

Ein Regierungsräte erläutert, daß der Minister bereit sei, die Städteordnung dahin zu ändern, daß die Frauen in die wichtigsten Deputationen als stimmberechtigte Mitglieder eintreten können.

Der Volksparteier Dr. Lewin (Schwiegersonn des verstorbenen Frauenwahlrechts Albert Trüger) macht darauf aufmerksam, daß schon 1912 sich der Zentrumsgesetzgeber Trümmer im Hause für die Teilnahme der Frauen am öffentlichen Leben aufgeworfen habe. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Hirsch-Berlin tritt für die Erweiterung der Frauenrechte lebhaft ein.

Worte des Wohlwollens spendet der nationalliberalen Abgeordnete Bievemann den Vorlagen. Der Vertreter der Freikonservativen Dr. v. Wonna verbürtigt reserviert, wogegen sich der zweite konservative Redner, Abgeordneter Heinrich, in scharfen Worten ablehnend ausdrückt.

Darauf werden die Ausführungsanträge angenommen. Das Haus vertritt sich dann auf morgen. Tagesordnung: Einbringung des Staats.

Im Herrenhaus - keine Kanzlerrede.

■ Berlin, 15. Januar.

Auch das Herrenhaus trat heute zu einer ersten Sitzung im neuen Jahr zusammen und bereitete logisch den Biennalen, die die Tribünen füllten, eine schwere Enttäuschung.

Es war bekanntgeworden, daß der Reichskanzler sich dem Hause vorstellen werde, und man vermutete, er würde zumindest über die innere Politik, ihre Entwicklung und Zukunft sprechen. Die Sitzung begann. Der Präsident teilte die Tagesordnung mit: Das Wohnungsgesetz und erzielte dem neuen Herrn Ministerpräsidenten das Wort. Dieser nahm es auf und - gab es nach wenigen Minuten weiter an die Ressortminister. Graf Hertling stellte sich nämlich in der ihm von S. R. dem Kaiser und König verliehenen Würde vor, erzielte das Wohnungsgesetz dem Wohlwollen des hohen Hauses und schloß nach einigen Sätzen mit dem Bemerkten, daß der Herr Handelsminister über alles Rühre zu berichten berufen und bereit sei.

Als aber der Präsident dem Berichterstatter das Wort erteilte, leerten sich die Bänke, lädteten sich die Tribünen,

Aus dem Hauptauditorium.

Berlin, 15. Jan. Im Hauptauditorium des Reichstages gab nach einer längeren Geschäftsaufstellung, an der sich alle Parteien beteiligten, Unterstaatssekretär von dem

Brücke die Erklärung ab, daß alle umlaufenden Gerichte über neue Institutionen, die Herr v. Kühlmann erhalten habe, der sachlichen Unterlage entsprechen, und daß der Reichskanzler den Wunsch ausgesprochen habe, die politische Debatte möge verschoben werden, da sie zuzeit ungünstig wäre. Der Ausschuss beschloß in diesem Sinne, so daß eine politische Debatte morgen nicht stattfindet. In Abgeordnetenkreisen nimmt man an, daß der Kanzler seine angekündigte Rede am Freitag halten wird.

Es verläuft . . .

Vor grundlegenden Entscheidungen.

Wir kommen aus der Nervosität nicht mehr heraus. Jeder Tag bringt neue Gerüchte, neue Vermutungen, und geringfügige oder bedeutsame Geheimnisse geben den Rahmen für ein mehr oder weniger anmutiges Spiel der Phantasie Verfeuer und Unberufener. Der Chronist kann solche Ereignisse nicht übergehen, und wenn sie vielleicht im Augenblick ihrer Niederdrift auch durch die Ereignisse schon überholt sind, so ist es doch Pflicht, von ihnen Notiz zu nehmen, denn schließlich behalten sie bleibenden Wert als Zeugnisse einer sturm bewegten, famps durchbrochenen Zeit, in der Probleme ihrer Lösung entgegenbarren, die weit in die Zukunft Deutschlands, Europas, ja der ganzen Welt hineinragen.

Die Tatsache, daß Generalfeldmarschall v. Hindenburg und Generalquartiermeister Ludendorff in der Hauptstadt weilen, war an sich schon geeignet, allerlei Vermutungen und Gerüchten einen ertragreichen Nährboden zu gewähren. Dazu kam aber, daß heute der amtliche Druck zu melden wußte, der Kaiser habe nicht nur mit ihnen und dem Reichskanzler längere Befreiungen gehabt, sondern auch den aus seinem Hauptquartier eingetroffenen Kronprinzen empfangen. Heute nachmittag soll ein Kranz — oder zumindest eine Begegnung des Kaisers mit den leitenden Persönlichkeiten stattfinden und es ist eigentlich selbstverständlich, daß der Kronprinz hinzugezogen wird.

Denn er ist der Erbe dieser Zeit und soll dereinst die Erneuerung und Verwertung, die diese gewaltigen Jahre mit ihrem Glanz und ihrer Not, mit ihrem Ruhm und ihren Leidern in die Schenken des deutschen Vaterlandes gebracht haben. Die Ammenheit des Kronprinzen ist aber zugleich ein Zeichen dafür, daß tatsächlich in diesen Tagen, vielleicht schon in der Stunde dieser Niederdrift Fragen von unübersehbarer Tragweite entschieden werden sollen. Soweit kommen alle Pressemeinungen und alle Gerüchte überein: Wir stehen vor einer wichtigen, folgen schweren Entscheidung. Und auch darüber ist man sich so ziemlich einig, daß es sich um die endgültige Festlegung der Polenfrage handelt. Was ist natürlicher, als daß die allzeit famps bereiten Federn von rechts und links aufeinander losfahren, obwohl eigentlich niemand weiß, um was es sich letzten Endes handelt. Wenn man den Stimmen der führenden Kreise hinzuaddiert, wird eine andere Lösung der Polenfrage erworben. Man deutet auf eine neue Teilung Polens hin, die Deutschland und Litauen mit Wilna, also etwa 2 Millionen Polen und zweimal hunderttausend Litauer einfangen würde. Dagegen erheben sich Stimmen von rechts und links. Die einen verlangen, man solle von Rußland nur soviel Land fordern, als zur "Grenzabsicherung" nach dem Gutachten der militärischen Sachverständigen unabdinglich notwendig ist, die anderen aber wünschen, daß wir von Rußland alles nehmen, was wir auf Grund der militärischen Lage und angeblich der Schwäche Rußlands bekommen können. In anderen Bildern wird darauf hingewiesen, daß eine solche Lösung der polnischen Frage nicht nur den Rücktritt des Staatssekretärs v. Kühlmann, sondern auch die Abdankung des Reichskanzlers Grafen Hertling zur Folge haben müßte; denn beide würden kaum eine Politik vertreten können, die der bisher verfolgten und durch die Reichstagsmehrheit am 19. Juli festgelegte so völlig entgegenstünde.

Aber nicht allein um die Polenfrage soll es sich handeln. Man will an anderer Stelle wissen, daß auch der U-Bootkrieg erneut Gegenstand der Beratung sei. Und zwar handelt es sich um ein Entgegenkommen gegen Amerika, das angeblich "aus dem Kriege heraus will" und keine ganze Kriegsbereitschaft läudieren würde, wenn der U-Bootkrieg (der Grund des amerikanischen Einpreßens) aufgegeben oder wenigstens eingeschränkt würde. Endlich — um nichts zu übersehen — soll angeblich in den Beratungen beim Kaiser sowohl die Antwort auf Lloyd Georges und Wilsons Reden beraten als auch ein völlig neues Kriegszielprogramm aufgestellt werden, das uns nicht nur im Osten, sondern auch im Westen weSENTLICHE Stützpunkte findet, während die Zukunft Belgien — England anheimgestellt wird, daß bereit sei, dafür die Kolonien herauszugeben.

Man sieht, Frau Dame ist außerordentlich geschäftig. Wer ohne jede politische Leidenschaft die Dinge betrachtet, wird vor allem inne, daß wir wieder einmal, wenn nicht inmitten einer Krise, so doch in einer Krisensituation leben, die wahrlich nicht als Ausfluss und Bild jener Einheit gelten kann, deren wir jetzt im Beginn der Entscheidungen auf dem Kriegsschauplatz am allerwenigsten entdecken können. Im Augenblick kennt niemand den Kurs, und es wird, wie immer auch die Entscheidung fallen mag, eine Befreiung für das ganze Volk sein, wenn aus der Enge des Beratungszimmers im Schlosse das Ergebnis der Konferenzen amtlich mitgeteilt wird.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 16. Januar 1918.

* Die Nassauische Sparkasse hat für das Jahr 1917 eine Zunahme des Einlagenbestandes von Mr. 42 Millionen zu verzeichnen, gegenüber der bisher stärksten Zunahme von Mr. 14 Millionen im Jahre 1909. Die Einlagen haben damit Mr. 2000 Millionen überschritten. Während die Ansammlung der ersten Mr. 100 Millionen 38 Jahre in Anspruch nahm, (1870 bis 1908), vollzog sich die Erreichung der weiteren Mr. 100 Millionen in der kurzen Zeit von 9 Jahren. Die Kriegsjahre 1914 bis 1917 erbrachten eine Zunahme von Mr. 61 Millionen, wobei zu beachten ist, daß außerdem Mr. 90 Millionen Einlagen zur Bezeichnung auf die 7 Kriegsanleihen verwendet wurden. Diese Zahlen legen ein glänzendes Zeugnis ab von der wirtschaftlichen Kraft unseres Regierungsbezirks.

* Die Prüfung über die Fähigung zum Betriebe des Husbeschlaggewerbes für das Jahr 1918 findet wie folgt statt: am 23. März, am 22. Juni, am 28. September, am 21. Dezember.

(Preissturz für Pelzwaren.) Eine Pelzfirma berichtet: Die durch die Zeitungen laufende Notiz über einen Preissturz bis zu 100 Prozent entspricht nicht den Tatsachen. Ein gewisser Preisrückgang ist eingetreten in der Hauptfahrt bei unseren einheimischen Pelzsorten, nämlich Iltis und Marder. Im Herbst waren sich Jäger und Sammler sofort darüber einig, daß die Füchse nicht unter 100 Mark verkauft werden sollten, und ebenso trieben diese die Preise für Marder, Iltis und Otter in die Höhe. Heute kann man wieder genug Füchse, Iltisse und Marder zu billigerem, allerdings verhältnismäßig noch hohem Preise kaufen. In den Leipziger Pelz-Großlagern ist überhaupt fast keine Ware mehr und kann man dort erst recht nicht von einem Preissturz reden. Ein gewisser Preissturz muß unfehlbar kommen, was jeder praktische Kürschner sich längst selbst sagte. Durch das russische Friedensangebot und die geringe Kauflust der Produzenten in der Weihnachtswoche haben sich viele Händler gestört. Ihre Waren zu ermäßigten Preisen abzustossen. Im übrigen aber werden die endgültigen Preise erst Ende Februar in Frankfurt a. O. und im März und April in Leipzig jedes Jahr festgesetzt.

Rudersdorf, 15. Jan. Zu einer Betriebsprüfung kam es heute früh auf der Eisenbahnstrecke Siegen-Dillenburg. Der erste von Haiger kommende Personenzug stieß auf einen auf dem hiesigen Bahnhof stehenden Güterzug. Beide Lokomotiven, ein Packwagen und ein Personewagen erlitten Beschädigungen. Personen haben glücklicherweise keinen Schaden genommen. Infolge des Unfalls fuhren alle auf der Strecke verlebrenden Züge mit großer Verzögerung.

Merkelsdorf. Beim Hinabrollen eines gefüllten Biersafses in den Keller rutschte der Gastwirt Komp auf der Treppe aus und stürzte ab. Das Fahrrad rollte ihm über den Leib, wodurch der sofortige Tod herbeigeführt wurde.

Waltershausen (Taunus.) Vor einigen Monaten verschaffte die ledige E. Engel von hier einem französischen Kriegsgefangenen Frauenkleider und entfloß dann mit ihm. In Lörach wurde das Pärchen festgenommen. Der Polizei kam in ein Gefangenensemester, das Mädchen wurde jetzt zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Frankfurt. Geheimer Sanitätsrat Dr. Heinrich Rehn ist nahezu 87 Jahre alt, gestorben. Seit 1853 hat er ärztlich gewirkt, zuerst in Kassel an der Charité, dann als praktischer Arzt in Wiesbaden, hierauf elf Jahre in seiner Vaterstadt Hanau und seit 1872 ununterbrochen in unserer Stadt. In den ersten Jahren seiner ärztlichen Praxis wurde seine Aufmerksamkeit auf das damals noch sehr vernachlässigte Gebiet der Kinderkrankheiten gelenkt. Er machte zu diesem Zweck besondere Studien und Reisen und war dann ausschließlich als Kinderarzt tätig.

Pfarrer Traub sollte am Montag auf Veranlassung der Deutschen Vaterlandspartei im Saal des Zoologischen Gartens sprechen. Die in der Mehrzahl aus Gegnern der Vaterlandspartei bestehende Versammlung ließ jedoch nicht einmal den Vorsitzenden, Pfarrer Kübel, zu Wort kommen. Es erhob sich ein solcher Lärm, daß die Versammlung nach einigen Minuten polizeilich aufgelöst werden mußte.

Fulda. Das Elektrizitätswerk hat wegen Kohlemangels den Betrieb eingestellt.

Niederlahnstein, 15. Jan. (Amtlich unterschichter Schleichhandel?) Die „Rheinische Wollzeitung“ veröffentlicht heute den Wortlaut eines Warenangebotes, das die hiesige „Lebensmittel-Einkaufsstelle der Nassauischen Rheinstädte“ an eine Firma des Wiesbadener Bezirks richtet. Interessant an dem Angebot ist einmal die ungeheure Menge der angebotenen Waren und der alle Begriffe übersteigende Preis, der gefordert wird. Die Einkaufsstelle bietet u. a.: 300 Str. Victoria-Erbse das Pfund zu 3,45 Mk., 100 Str. gelbe Erbsen zu 3,10 Mk., 35 Str. weiße Bohnen zu 3,35 Mk., 400 Str. dicke Bohnen zu 3,45 Mk., 400 Str. Böden zu 2,70 Mk., 900 Str. Lupinen zu 1,25 Mk., 90 Str. Graupen zu 2,35 Mk., 225 Str. Süßfrucht-Marmelade zu 1,50 Mk., 200 Str. Dreifrucht-Marmelade zu 1,95 Mk., 21 Str. 1a weiße Kartoffelstärke zu 20 Mk., 5 Str. Kartoffelstärke zu 19 Mk., 4000 Str. Toiletteseife das Stück zu 2,75 bis 4,75 Mk., 1400 Stück Kernseife zu 5,75 Mk., 3 Str. Schokolade das Pfnd. zu 26 Mk., 50 Liter Speiseöl das Liter zu 32,50 Mk., 1000 Flaschen Jamaica-Rum, 1 Flasche 32,50 Mk., 10000 Dosen 1 Pf. Brotaufstrich zu 4,75 Mk., 60000 Dosen Leberbutter in 1 Pf. - Dosen, 1 Dose 3,75 Mk., 100 Dosen Mixed-Birds circa 5 Str. gr. brutto, 1 Dose 11,75 Mk. usw. — Zu diesen verborgenen Riesenmengen und Märchenpreisen, erübrigte sich jeder Kommentar!

Nieder-Ingenheim. Auf dem Wege nach Essenheim verirrte sich vor einer Woche die 15-jährige Maria Hamm im Schneegestöber und war seitdem verschollen. Am Montag fand man das Kind durch Zufall in einer schneeverwehten Rübengrube vor. Es lebte zwar noch, doch waren ihm beide Beine vollständig erfroren. Das Mädchen liegt im Binger Krankenhaus hoffnungslos darnieder.

Köln. Der Obermeister der Köln-Mülheimer Schweinemeyer-Innung Hermann Kellner, Mitglied des Aufsichtsrats der Bezugs- und Verwertungsgenossenschaft der Kölner Schweinemeyer-Innung, bekleidete einen Vertrauensposten an der Waage beim Verteilen des Fleisches. Durch einen Lehrling wurde bekannt, daß der Obermeister die ihm zustehende Wurstmenge zweimal weggeschafft ließ, worauf seine Verhaftung erfolgte. Nach Feststellung der Stadt-

verwaltung soll es sich um Unterschlagungen von insgesamt 10 bis 15 Centner Wurst handeln, die von Kellner über den Höchstpreis hinaus verkauft wurde. Als Entschädigung für die unterschlagene Wurst hatte er 2000 Mark gezahlt. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 3 Monate Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe.

Witten. Unter den auf einem hiesigen industriellen Werk beschäftigten französischen Gefangenen gab es am Samstag eine freudige Überraschung. Einige neue Kriegsgefangene, die für die Arbeitsstätte bestimmt waren, trafen ein. Da stieß der, einem älteren Jahrgänge angehörige Franzose Henri Billeter unter dem Kuse „Marcel“ einen lauten Freudenschrei aus, und stützte sich auf einen der eben Eingetroffenen, ihn fest an sein Herz drückend. Es waren Vater und Sohn. Als der Vater in den Krieg gezogen war, zählte der Sohn noch keine 15 Jahre. An der Freude des Wiedersehens der beiden Menschen nahmen auch die „Boches“ herzlichen Anteil.

Hagen. Ein unglaublicher Borgang macht hier von sich reden. Das hiesige Bezirkskommando hatte in Erfahrung gebracht, daß der 36 Jahre alte, landsturmplättige Kapellmeister Bl. von hier sich bisher keinerlei militärischer Kontrolle unterzogen hatte. Die Angabe stand sich bestätigt, weshalb Bl. durch ein Militärokommmando verhaftet und in das Polizeigefängnis eingeliefert wurde. Die Sache ist um so unverständlich, als der Verhaftete seit Jahren als Hilfsschuhmann Dienst tut und deshalb anzunehmen war, daß seine vorgesetzte Dienstbehörde über sein Militärverhältnis unterrichtet sei.

Posen. Grobes Unheil richtete im Zoologischen Garten ein Bär an, der das Gitter seines Bringers überstieß. Er überfiel zunächst die Käfigerin des Zoologischen Gartens und zerfleischte ihr den Kopf und den rechten Arm, so daß ernste Lebensgefahr für die Schwerverletzte besteht. Der Bär ließ erst von ihr ab, als ein Arbeiter mit einem Hund herbeilte. Der Hund mußte unter den Pranken des wütenden Tieres verenden. Dann wandte sich der Bär dem benachbarten Kamelhäuschen zu, schwang sich hier einem Kamel auf den Rücken und zerfleischte das Tier. Inzwischen war ein Schuhmannsaufgebot herbeigeholt worden, dem es durch 13 Browningsschüsse und Säbelhiebe gelang, das Tier zu überwältigen, so daß es bald darauf verendete.

Beim Schneeschaukeln verunglückt. Bei Nalle auf der Bahnstrecke Beuthen-Tarnowitz wurden beim Schneeschaukeln auf dem Eisenbahngeleise zehn Frauen von einem Güterzug überfahren. Drei wurden getötet, sieben schwer verletzt.

Die größte Nälte seit Menschengedenken ist in Südnorwegen eingetreten. Das Thermometer sank in einzelnen Gegenden bis 48 Grad, und im Gebirge sollen die Temperaturen teilweise noch niedriger gewesen sein. An vielen Stellen sprang das Quecksilber ein, so daß die Thermometer sprangen.

Letzte Nachrichten.

Der deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Umtisch.)

16. Januar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bei und östlich von Lens war die Artillerie-Tätigkeit gesteigert. In einzelnen Abschnitten Erkundungs-Gesichte. Südlich von Ornes wurden Gefangene gemacht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nach mehrstündiger Feuerwirkung stießen französische Abteilungen nördlich von Badonviller vor und drangen vorübergehend in unsere vorderen Gräben ein. Eigene Aufklärungsgruppen brachten in den oberen Bogenen Gefangene ein.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonischen Front.

Im Cernabogen erhöhte Geschäftstätigkeit

Italienischer Kriegsschauplatz.

Wischen Brenta und Piave lebhafte Feuerkämpfe mit besonderer Heftigkeit im Gebiete des Monte Asolone. Die Italiener haben ihre erfolglosen Angriffe südlich vom Monte Fontana Secca wiederholt; sie wurden abgewiesen.

In dem Piaveabschnitt nördlich vom Montello verstärkte sich das englische Artillerie-Feuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Abreise Hindenburgs und Ludendorffs.

Berlin, 16. Jan. (TII) Wie die „Börsische Zeitung“ hört, haben Generalfeldmarschall von Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister Ludendorff Berlin verlassen.

Eine aldeutsche Friedensvorlage im Herrenhause.

Berlin, 16. Jan. (TII) Im preußischen Herrenhaus ist, wie die „Deutsche Tageszeitung“ vernimmt, ein Antrag eingebracht worden, in dem die Übersicht ausgesprochen wird, daß die königliche Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß dem deutschen Kaiser die im Artikel 11 der Staatsverfassung dem Kaiser vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden. Dieser Friede muß den ge-

brachten Opfern, den Bedürfnissen der militärischen Sicherung und den politischen und wirtschaftlichen Lebensinteressen des Vaterlandes gerecht werden. Der Antrag soll in diesen Tagen zur Beratung gelangen. Man erwartet dabei eine hochpolitische Aussprache.

Betreter Bayerns bei den Friedensverhandlungen.

München, 16. Jan. (TII) Um den bayerischen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Bodenwies nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben. Die gefährliche Lage der Ententegefangenen in Petersburg.

Kopenhagen, 16. Jan. (TII) Nach einer russischen Meldung ist die Verhaftung des rumänischen Gesandten in Petersburg, die wegen seiner Unmehrheit gegen die Bolschewiki erfolgte, die erste Folge der Drohung Trotski, mit allen Personen, die gegen die Regierung kämpfen, kurzen Prozeß zu machen und sie ins Gefängnis zu statten. In den übrigen Ententevertretungen in Petersburg herrschte größte Unruhe, namentlich in der italienischen und französischen Botschaft befürchtet man ein ähnliches Vorgehen der Regierung wie gegen Rumänen.

Vor dem Zusammentritt der Konstituante.

Rotterdam, 16. Jan. (TII) Nach einer russischen Meldung ist die Verhaftung des rumänischen Gesandten in Petersburg, die wegen seiner Unmehrheit gegen die Bolschewiki erfolgte, die erste Folge der Drohung Trotski, mit allen Personen, die gegen die Regierung kämpfen, kurzen Prozeß zu machen und sie ins Gefängnis zu statten. In den übrigen Ententevertretungen in Petersburg herrschte größte Unruhe, namentlich in der italienischen und französischen Botschaft befürchtet man ein ähnliches Vorgehen der Regierung wie gegen Rumänen.

Das verlassene Italien.

Bugano, 16. Jan. (TII) Die offiziöse italienische Agentur Volta hat eine Rundfrage bei maßgebenden Politikern Rom angestellt, um ihre Ansichten über die Reden Lloyd Georges und Wilsons zu erfahren. In dem Bericht heißt es, daß überall die schwersten Besorgnisse zutage getreten seien. Allgemein halte man dafür, daß Italien wiederum rechtlich in einer furchtbaren Schicksalsstunde stehe. Da die Alliierten ihre Versprechungen, die Italien zum Eintritt in den Weltkrieg bestimmten, nicht einzuhalten scheinen. Die innere wie die äußere Lage Italiens erscheint deshalb sehr gefährdet. Italien habe ein Recht darauf zu wissen, daß seine unheuren Opfer nicht nur gegenwärtig anerkannt werden, sondern daß die ganze Entente ihre vor dem Kriege mit Italien eingegangenen Verträge als eine heilige, unberührbare Sache betrachte.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Anzeigen.

Dank.

Von „Unbenannt“ wurden mir heute für das

Altersheim

50 Mk. übergeben, worüber hiermit herzlich dankt wird.

Herborn, den 15. Januar 1918.

Rückert, Kommandeur.

Schlosser, Werkzeugschlosser, Kesselschmiede, Arbeiter, Arbeiterinnen, Schlosserlehrlinge für dauernde Beschäftigung stellen ein
Gebr. Achenbach, G. m. b. H. Weidenau-Sieg.

Haussmädchen,

Selbst. Mädchen, tischig, fleißig und sauber in mit guten Bezeugnissen für meinen Haushalt, 2 Personen, Handhalt gesucht. Hilfe vorhanden.

W. Benninghofen,
Weißkirchen (Lahn)
bei Frankfurt a. M.

Mediz. Mineralwässer.
Mergenthaler
Salzschriften Bonif. Brunnen
Apenta
Saxleiners Bitterwasser
Brücknauer Wernarquelle
Wildunger Helenenquelle
Neuenahrer Sprudel
Kissinger
Emser Kräuchchen
Fachinger
Karlsbader Mühlbrunnen
empfiehlt

Alb. Knipp,
Griffenbach b. Deutz i. W.
Drogerie Doeinck.
Nicht am Lager befindliche Mineralwässer werden ratsam empfohlen.

Einjährigen-Prüfung

nach kurzer Vorbr. gute Erfolge. Mineralwässer werden ratsam empfohlen.